
FDP Hochtaunus

FDP: ROTWILDHEGE IM TAUNUS WIRD LANDTAG BESCHÄFTIGEN

27.04.2021

Wie der Presse zu entnehmen war, gibt es Unmut bei der Hege des Rotwildes im Taunus, genauer gesagt um die Besetzung der Sachverständigenposition. Holger Grupe, umweltpolitischer Sprecher der FDP-Kreistagsfraktion dazu: „Die Wildhege ist ein wichtiges Thema, gerade auch in der aktuellen Situation, mit einem durch Trockenheit stark in Mitleidenschaft gezogenen Wald. Erfahrung und Sachverstand sind da von hoher Bedeutung.“ Die Untere Naturschutzbehörde des Hochtaunuskreises, in Sachen Rotwildhege federführend, hatte eine Neubesetzung angekündigt und beruft sich nach Informationen der FDP dabei auf die obere Naturschutzbehörde.

Tim Hordorff, jagdpolitischer Sprecher der FDP im Kreistag und selbst aktiver Jäger ergänzt: „In der Jägerschaft herrscht große Unzufriedenheit über das aktuelle Vorgehen. Die derzeitigen Sachverständigen werden hoch geschätzt. Eine Neubesetzung, zumal so

über eine kleine Anfrage im Hessischen Landtag, sowie eine Anfrage beim

und Manfred Möbs haben sich über viele Jahre ihres Engagements einen tadellosen Ruf erarbeitet und genießen hohes Ansehen in den Reihen der Jägerschaft. Das wird uns auch von verschiedenen Betroffenen Stellen immer wieder bestätigt. Diese Personalentscheidung ist in der Art und Weise daher aus unserer Sicht sehr fragwürdig“, so Hordorff weiter.

Naturschutz und Jagd gehen für die Freien Demokraten nur gemeinsam. Für die Freien Demokraten im Hochtaunus ist es dabei schon lange ein Dorn im Auge, wie stiefmütterlich die Jägerinnen und Jäger im Hochtaunuskreis zu Weilen behandelt werden.

„Ehrenamtlichen Jägerinnen und Jägern wird viel abverlangt; so ist die Ausweitung der

ASP zum Beispiel eine große Herausforderung, die nur durch ihr hohes Engagement in den Griff zu bekommen ist. Auch deswegen wollten wir schon vor zwei Jahren die Trichinenprobe im Hochtaunuskreis kostenfrei anbieten lassen. Doch damals fand sich hierfür keine Mehrheit“, so Grupe weiter.

Stefan Naas, Fraktionsvorsitzender der FDP-Fraktion im Kreistag, ergänzt abschließend: „Man kann solche Entscheidungen nicht an der Jägerschaft vorbei treffen. Hier geht es um den Austausch von Expertise und Entscheidungen, die die Jägerschaft direkt betrifft. Es braucht ein Miteinander von Politik und Jagd.“

Für die FDP ist der gesamte Vorgang wieder ein Beispiel für unpragmatische Bürokratie und unnötiges Behörden-Ping-Pong.

[Hier finden Sie die Anfrage aus dem hessische Landtag.](#)